

27.02.2015

Die Mitte **CDU**



*Liebe Freunde,*

in dieser Sitzungswoche haben wir eine Reihe wichtiger Entscheidungen getroffen. So haben wir wichtige Beschlüsse für die Attraktivität des Bundeswehrdienstes gefasst und die Ergänzung der Straßeninfrastrukturfinanzierung angepackt. Während von der Opposition wenig zu hören ist, arbeitet die Koalition und wird so ihrer Verantwortung gerecht, dem Land eine gute Regierung zu stellen.

Diese Regierung steht international vor ungeheuren Herausforderungen. Denken wir nur an die Lage im Nahen Osten, in Afrika oder in der Ukraine. Gerade dort zeigt sich, dass Lösungen nur sehr schwer zu erreichen sein werden und Rückschläge nicht ausbleiben. Und doch ist es jede Anstrengung wert, sich für die Verbesserung der Lage der Menschen in der Ost-Ukraine einzusetzen. Es ist bewundernswert, mit welchem Einsatz unsere Bundeskanzlerin sich hier engagiert. Dafür sind wir dankbar.

Wir werden unbeirrt weiter daran arbeiten, dass die Herrschaft des Rechts auch international wieder Raum gewinnt. Rechts- und Wortbruch dürfen sich am Ende nicht auszahlen oder durchsetzen. Frieden und Freiheit brauchen einen langen Atem. Mit großer Sorge erfahren wir, wie die Terroristen zunehmend gezielt gegen Christen vorgehen.

Die Menschen in Deutschland erwarten von uns nüchternes Handeln zugunsten der deutschen und europäischen Interessen. Deswegen stehen wir ein für Wettbewerbsfähigkeit und die Stabilisierung der Sicherheit weltweit. Das ist eine schwierige Herausforderung. Sie verlangt uns Ernst und Entschlossenheit ab.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr/Euer

### Verlängerung Griechenland-Hilfsprogramm

In dieser Woche haben wir über die Verlängerung des Griechenland-Hilfsprogramms abgestimmt. Vorweg möchte ich sagen, dass ich mir diese Entscheidung nicht leicht gemacht habe. Mein erster Impuls war zu sagen, wir müssen uns nicht beschimpfen lassen und dafür auch noch Geld geben.

Nach meinem Dafürhalten dürfen wir aber die Tür nicht ganz zuschlagen. Dann droht uns ein Auseinanderfallen der Euro-Zone und somit wäre das Projekt Euro gescheitert. Ich stehe aber nach wie vor hinter der gemeinsamen Währung und nach meinem Dafürhalten bringt der Euro uns in Deutschland viele Vorteile.

Oft wird in der Öffentlichkeit suggeriert, hier würde bedingungslos neues Geld für Griechenland bereitgestellt. Das ist falsch. Es geht hierbei lediglich darum, das bestehende Hilfsprogramm um vier Monate zu verlängern. Es handelt sich also um eine technische Verlängerung.

Offene Auszahlungen können erst erfolgen, wenn die im bestehenden Hilfeprogramm festgeschriebenen Bedingungen zum erfolgreichen Abschluss des Programms ausreichend erfüllt sind. Eine Auszahlung der im laufenden Programm noch vorgesehenen restlichen Mittel erfolgt nicht ohne weiteres, sondern nur nach einer Beteiligung des Deutschen Bundestages—zumindest mindestens erst nach Zustimmung des Haushaltsausschusses, dem ich angehöre.

In der Zwischenzeit erwarte ich, dass Griechenland seine in der vorgelegten Liste enthaltenen Reformbereiche spezifiziert und u.a. um einen Zeitplan ergänzt.

Ich habe dem Verlängerungsantrag zugestimmt und eine persönliche Erklärung abgegeben, in der steht, dass ich nur unter den oben genannten Bedingungen zustimme.

## Sorgfältigeren Umgang mit Vermögensanlagen herbeiführen

Anleger sollen sich vor dem Erwerb risikobehafteter Vermögensanlagen des Grauen Kapitalmarkts besser informieren können. Die jüngsten umfangreichen Kleinanlegerverluste gehen auf übermäßiges Vertrauen in die Sicherheit von Anlagen mit hohen Renditeversprechen zurück. Dieses Vertrauen speiste sich aus einer Mischung von breitenwirksamer Werbung, geschickter Vermarktung und unzureichenden Informationen.

Das Kleinanlegerschutzgesetz, das wir in dieser Woche in den Deutschen Bundestag einbringen, ermöglicht es den Anlegern, sich vor dem Erwerb risikobehafteter Vermögensanlagen besser zu informieren. Ebenso ist vorgesehen, die Sanktionsmöglichkeiten gegen Anbieter

und Vermittler von Vermögensanlagen zu verschärfen. Die zielgerichteten Instrumente dafür reichen von strengeren Prospektpflichten über die Einführung einer Mindestlaufzeit bis hin zu Vermarktungsverboten bestimmter Produkte.

Nicht zuletzt sind auch eine Regelung der Schwarmfinanzierung (crowdfunding) vorgesehen sowie die gesetzliche Verankerung des kollektiven Verbraucherschutzes als ein Aufsichtsziel der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht.

## Gute Nachrichten für Sportvereine

Die CDU konnte gemeinsam mit Vertretern des Sports einen Kompromiss mit Bundesarbeitsministerin Nahles für die Umsetzung des Mindestlohngesetzes in Sportvereinen erreichen. Es war uns ein Anliegen, den Mindestlohn für Vertragsspieler im Sport zu verhindern. Diese Regelung hat einigen Sportvereinen in meinem Wahlkreis Kopfzerbrechen bereitet.

Nach der gefundenen Einigung gilt für Vertragsspieler künftig der Mindestlohn nicht – auch wenn die Vertragsspieler bei der Minijob-Zentrale von ihren Vereinen angemeldet wurden. Bei Vertragsspielern handelt es sich nicht um ein Arbeitnehmer-Arbeitgeber-Verhältnis. Vielmehr wollen die Vereine den Spieler, der in der Regel 250 Euro erhält, nur insoweit an den Verein binden, dass er nicht zu einem anderen Verein wechselt. Deshalb ist hier eine Ausnahmeregelung gerechtfertigt.

Bei anderen ehrenamtlichen Tätigkeiten, für die in den Vereinen eine Aufwands-

entschädigung oder Auslagensatz gezahlt wird, gilt das Mindestlohngesetz dann nicht, wenn die ehrenamtliche Tätigkeit im Mittelpunkt steht und nicht der Erhalt einer finanziellen Gegenleistung. In den Fällen, in denen ehrenamtlich Tätige bei der Minijob-Zentrale angemeldet sind, empfehlen Arbeitsministerium und Sportverbände, dieses rückgängig zu machen. Dann gilt auch für diese ehrenamtlich Tätigen das Mindestlohngesetz nicht.

Mit diesem Kompromiss schaffen wir Rechtssicherheit für die Vereine. Insbesondere ersparen wir den Clubs umfangreiche Dokumentationspflichten, die zu einem großen Bürokratieaufwand im Ehrenamt geführt hätten.

## 2014 flossen 86 Mio. Euro von der KfW in meinen Wahlkreis

Im vergangenen Jahr sind erfreulicherweise 86 Millionen Euro von der KfW Bankengruppe als Förderbank des Bundes und der Länder in Projekte in die Landkreise Verden und Osterholz geflossen.

Der Großteil ist im Landkreis Verden (26 Mio. Euro) sowie im Landkreis Osterholz (22 Mio. Euro) in Wohnförderungen geflossen. Darunter fallen unter anderem Programme zum energieeffizienten Bauen bzw. Sanieren von Eigenheimen oder Eigentumswohnungen. Ich selbst habe gerade mein Wohnhaus energetisch saniert und weiß, welche Kosten hier auf einen Hausbesitzer zukommen. Deshalb halte ich die KfW-Programme zur Unterstützung der Wohneigentumsbesitzer für sinnvoll. Die Energiewende können wir nur schaffen, wenn wir nicht nur den Anteil der erneuerbaren Energien erhöhen, sondern vor allem auch die Energie effizienter nutzen.

Mit 15 Millionen Euro (LK Verden) bzw. sieben Millionen Euro (LK Osterholz) wurden Unternehmen mit Gründerzuschüssen bzw. -krediten unterstützt. Sechs Millionen Euro sind an Kreisverdenner und sieben Millionen Euro an Osterholzer Kommunen gegangen für Infrastrukturinvestitionen sowie energetische Sanierungen (LK Verden). Die restlichen Gelder flossen im Landkreis Verden in KfW-Studienkredite sowie weitere Programme für erneuerbare Energien bzw. in Energieeffizienzprogramme.



**Büro Berlin:**

**Platz der Republik 1, 11011 Berlin**

**Telefon: 030 - 22 77 13 22**

**E-Mail: [andreas.mattfeldt@bundestag.de](mailto:andreas.mattfeldt@bundestag.de)**

**Internet: [www.andreas-mattfeldt.de](http://www.andreas-mattfeldt.de)**

Redaktion: Tatjana Range